

Raumordnungspolitik in der DDR: Planung, Produktionsstruktur, Wohlstandsverteilung	243
Formaler Ablauf der Regionalplanung	244
Schwerpunkte der Regionalentwicklung	246

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 25 / 78

Berlin

22. Juni 1978

45. Jahrgang

Raumordnungspolitik in der DDR: Planung, Produktionsstruktur, Wohlstandsverteilung

Auch in der DDR bestehen Disparitäten zwischen industrialisierten und wirtschaftlich wenig entwickelten Gebieten. Das Angebot an Erwerbs- und Ausbildungsmöglichkeiten ist ebenso unterschiedlich wie die Versorgung mit Dienstleistungen, Konsumgütern und Infrastruktureinrichtungen. In den strukturschwachen Gebieten fehlen wesentliche Elemente der Chancengleichheit. In den Ballungsgebieten dagegen nähert sich die Umweltbelastung der Grenze zur Unerträglichkeit, wird der Sanierungsbedarf auf vielen Gebieten der Infrastruktur immer größer.

Die DDR steht in der Regionalpolitik grundsätzlich vor dem gleichen Dilemma wie die anderen Industrieländer auch: Soll der weitere Ausbau von Agglomerationsgebieten wegen augenblicklicher Kostenvorteile zugelassen, oder sollen die strukturschwachen Regionen durch Aufbau einer geeigneten Infrastruktur und Ansiedelung neuer Industriebetriebe saniert werden — allerdings unter Einsatz hoher Kosten und unter Inkaufnahme eines vorübergehend schwächeren Produktivitätswachstums? Zwar werden auch in der DDR die beiden Ziele der Regionalpolitik anerkannt:

— effiziente Produktion durch optimale regionale Verteilung der Produktionsstätten und

— gleichwertige Lebensumstände in allen Regionen, d. h. gleichmäßige und kontinuierliche Versorgung mit Konsumgütern und Leistungen, aber auch „Proportionalität zwischen Arbeiten, Bilden, Wohnen, Erholen und allen Aktivitäten des gesellschaftlichen Lebens¹“.

Im Fünfjahrplan 1976 bis 1980 werden die Prioritäten jedoch einseitig gesetzt; dort heißt es: „Die weitere territoriale Entwicklung der verarbeitenden Industrie vollzieht sich insbesondere an den traditionellen Industriestandorten . . .²“.

Dabei hätte die DDR die Möglichkeiten zur Durchsetzung einer effizienten Raumpolitik: Die Betriebe und damit auch die Investitionsentscheidungen sind in staatlicher Hand, der Planungsapparat bietet Voraussetzungen zur Lenkung von Ressourcen, und die Zentralplanwirtschaft könnte — theoretisch — längerfristigen Gesichtspunkten besser Raum geben als die stärker am kurzfristigen Erfolg orientierte Marktwirtschaft.

¹ Territorialplanung. Hrsg.: Rolf Bönisch u. a. Berlin (Ost) 1976, S. 10.

² Entwurf — Direktive des IX. Parteitages der SED zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976—1980. In: Neues Deutschland vom 15. Januar 1976. S. 10.

Formaler Ablauf der Regionalplanung

Tatsächlich besteht in der DDR seit langem ein umfassender institutioneller Rahmen für die Durchsetzung der Regionalpolitik (in der DDR „Regionalplanung“ genannt). Die Grundzüge der Standortverteilung werden von den Ministerien auf der Grundlage von Konzeptionen festgelegt, die die Staatliche Plankommission erarbeitet. Dazwischengeschaltet sind zahlreiche Konsultationen mit den örtlichen Organen, die zur optimalen Entscheidungsfindung beitragen sollen. So jedenfalls stellt sich das Bild dar, das aus dem formalen Verwaltungs- und Planungsaufbau für die Regionalpolitik in der DDR abzulesen ist.

Widersprüchliche Verlautbarungen zur Standortverteilung wie auch die Tatsache, daß grundlegende Konzeptionen der Standortplanung nicht veröffentlicht worden sind, lassen jedoch Zweifel daran aufkommen, daß in der DDR regionalpolitische Ziele im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik einen vorrangigen Platz einnehmen. Vieles deutet darauf hin, daß auch bei Standortentscheidungen Überlegungen ausschlaggebend waren und sind, wie die Effizienz kurzfristig gesteigert und die vorhandenen Ressourcen genutzt werden können. So haben vermutlich die Betriebe im Entscheidungsprozeß ein viel größeres Gewicht, als ihnen nach dem formalen Planungsablauf zukommt. Dieser Vorrang der ökonomischen Interessen darf bei der Betrachtung des institutionellen Rahmens der Regionalplanung nicht außer acht gelassen werden. Das Rahmenprogramm, von der Staatlichen Plankommission im Auftrag des Ministerrats erstellt³ und als „Standortkonzeption der Volkswirtschaft“ bezeichnet⁴, soll Daten enthalten zur:

- Planung der Investitionen,
- technischen und sozialen Infrastruktur,
- Siedlungsstruktur, Entwicklung der Städte.

Inwieweit über eine umfassende Bestandsaufnahme hinaus verbindliche Grundlinien für eine langfristige Regionalplanung entwickelt werden, ist jedoch unbekannt: Die „Standortkonzeption“ ist nie veröffentlicht worden.

Entscheidungshilfen für die zentrale Regionalplanung sollen die Bezirksplankommissionen bieten. In Zusammenarbeit mit den ansässigen Industriebranchen sollen „Entwicklungsrichtungen und Proportionen der Bezirke“ ausgearbeitet werden

- zur Bevölkerungs- und Berufsstruktur,
- zur Infrastruktur, insbesondere zum Wohnungsbau,

- zur Siedlungsstruktur, zu Produktionszentren und Erholungsgebieten,
- zur Wirtschaftsstruktur der Bezirke.

Standortplanung der Investitionen

Kernstück der Regionalplanung ist die Standortplanung der Investitionen. Die entsprechende Verordnung⁵ umfaßt alle Stadien der Planung; sie tangiert die Prognose genauso wie die lang-, mittel- und kurzfristige Planung, und zwar je nach dem Zeitraum, auf den sich die Investitionsvorbereitung und -durchführung erstreckt. Entsprechend dem Primat der zentralen Planung ist auch hier wieder eine „zentrale Konzeption zur Standortverteilung der Investitionen“ der Staatlichen Plankommission Ausgangspunkt der Planung. Sie umfaßt:

- geplante Standorte für wichtige Projekte von Industrie, Bauwesen und Landwirtschaft „unter Berücksichtigung der Vorteile der territorialen Kombination und Konzentration“,
- Entwicklungsrichtungen für ausgewählte Städte und Siedlungsschwerpunkte einschließlich der Bevölkerungs- und Arbeitskräfteprojektionen im Hinblick auf die Möglichkeiten einer industriellen Entwicklung in diesen Gebieten,
- Standorte des Wohnungsbaus und der Versorgungseinrichtungen für ausgewählte Städte und Siedlungsschwerpunkte.

Für die Neuansiedlungen von Industriebetrieben soll die jeweilige branchenspezifisch und regional günstigste Variante ermittelt werden. Dabei werden die Produktions- und Absatzbeziehungen, die Arbeitsmarktbedingungen, die erforderliche Infrastruktur, und die entstehenden Folgekosten berücksichtigt, ferner Faktoren wie Baulanderschließung, Energie- und Wasserversorgung, Anschluß an das Verkehrsnetz, Einbindung in das regionale Produktionsgefüge.

Für die jeweiligen Industriebereiche sollen von den Industrieministerien Konzeptionen zur Standortverteilung der Investitionen erarbeitet werden, und

³ Wissenschaftlich unterstützt wird die Kommission hierbei vor allem durch die ihr beigeordnete „Forschungsleitstelle für Territorialplanung“ (vgl. Wirtschaftswissenschaft. Heft 5/1976, S. 656).

⁴ Vgl. Territorialplanung, a. a. O., S. 110 ff., und Sozialistische Volkswirtschaft (Autorenkollektiv). Berlin (Ost) 1977, S. 113 ff.

⁵ Vgl. Verordnung über die Standortplanung der Investitionen. GBl. der DDR. Teil II/1972, S. 573 ff.

zwar auf der Basis der Vorgaben der Staatlichen Plankommission sowie der „Standortangebote“ der Bezirke.

Die „Standortangebote“ der Bezirke, unter Federführung der Bezirksplankommissionen erarbeitet, werden der Staatlichen Plankommission zugeleitet, die die zentrale Konzeption entwickelt. Die Vorschläge der Bezirke enthalten vor allem Aussagen und Berechnungen zu möglichen Standorten unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Struktur des Bezirks, des Arbeitskräftepotentials, des Verkehrswesens, des Umweltschutzes, der Inanspruchnahme von Flächen, der Siedlungsstruktur und der Auswirkungen neuer Industrieansiedlungen auf den Wohnungsbedarf und die Einrichtungen zur Versorgung und Betreuung der Bevölkerung⁶. Koordiniert wird die Arbeit von Plankommission und Bezirken im Rahmen sogenannter „Komplexberatungen“, die von einem Mitglied des Präsidiums des Ministerrates geleitet werden⁷. Hierbei werden auch Fragen der Leistungsfähigkeit wichtiger zentral- und bezirksgeleiteter Betriebe behandelt.

Wichtige Standortentscheidungen über Neu- und Erweiterungsinvestitionen — dazu werden alle Projekte oberhalb einer Wertgrenze von 50 Mill. Mark gerechnet — müssen von der Staatlichen Plankommission bestätigt werden. Die Industrieministerien bzw. andere zentrale Staatsorgane beantragen den

gewünschten Standort. Der Betrieb muß die Entscheidung der örtlichen Organe einholen. Im einzelnen wird in diesen „Standortbestätigungs- und -genehmigungsverfahren“ zunächst der Makrostandort festgelegt (Zuordnung der Investition zu einer bestimmten Stadt oder Gemeinde) und später der Mikrostandort (städtebauliche Einordnung auf der Grundlage des Generalbebauungsplanes). Auf diese Vorgaben stützen sich die weiteren örtlichen Planungen: Bau von Wohnungen, Schulen, Kindergärten und Versorgungseinrichtungen. Zur Beurteilung der günstigsten Standortvarianten sind gemeinsam vom Betrieb und von den Bezirks- und Kreisräten Standortberechnungen durchzuführen, insbesondere über die Möglichkeiten zur regionalen Abstimmung der Investitionsvorhaben. So wird angestrebt⁸, mehrere Projekte eines Gebietes zu Investitionskomplexen zusammenzufassen, deren Standorte koordiniert zu erschließen sowie den zeitlichen Ablauf durch Mehrfachnutzung von Baustellen rationell zu lenken. Durch diese räumliche Koordination sollen Baukapazitäten und Projektierungsleistungen eingespart sowie der Bedarf an Infrastruktur gesenkt werden.

⁶ Vgl. Beschluß über die Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds. GBl. der DDR, Teil II/1971, S. 1 ff., hier S. 13.

⁷ Vgl. Territorialplanung, a. a. O., S. 124.

⁸ Vgl. Sozialistische Volkswirtschaft, a. a. O., S. 120.

Schwerpunkte der Regionalentwicklung

Die Auswirkungen der Regionalpolitik in der DDR können an der Entwicklung der Bevölkerung in den einzelnen Regionen sowie an der räumlichen Verteilung der Produktion, der Produktivitätszuwächse und des Wohlstands abgelesen werden.

Zunehmende Verstädterung

Während in der Bundesrepublik Deutschland die Bevölkerung inzwischen aus den Städten wieder in das Umland abwandert, sind die Haupttendenzen in der DDR noch umgekehrt:

- Die Wanderungsbewegung aus den kleinen Gemeinden zu den Mittel- und Großstädten hält an. Den stärksten Zustrom haben die Bezirkshauptstädte, da sich hier der Wohnungsbau – meist Großobjekte in Montagebauweise – konzentriert. Individueller Wohnungsbau in kleineren Einheiten, der diese Tendenz stoppen könnte, wird in der DDR erst seit wenigen Jahren und in geringem Umfang zugelassen.

Wanderungssalden nach Gemeindegrößenklassen
1971–1975

Gemeinden mit . . . Einwohnern	Personenzahl	Je 1 000 Einw. der jeweiligen Gemeindegrößenklasse 1971
unter 2 000	– 219 680	– 49,4
2 000 bis 5 000	– 50 273	– 24,9
5 000 bis 10 000	– 16 213	– 11,5
10 000 bis 20 000	+ 7 745	+ 5,0
20 000 bis 50 000	+ 61 425	+ 22,7
50 000 bis 100 000	+ 90 164	+ 77,3
mehr als 100 000	+ 126 832	+ 33,8

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR, verschiedene Jahrgänge.

- Der Trend zur Abwanderung trifft insbesondere das städtische Umland, d. h. die Landkreise in der Nähe größerer Städte.
- Die besondere Rolle Ost-Berlins als Regierungssitz wird auch in der Einwohnerentwicklung deutlich. Die Stadt hat stets den bei weitem größten Wanderungsgewinn aller DDR-Bezirke; von 1971 bis 1976 hat sie rund 20 000 Einwohner hinzugewonnen.
- Allerdings ist die Mobilität (Binnenwanderung über die Kreisgrenzen) gering und zudem in der untersuchten Periode zurückgegangen. Sie liegt

nur noch bei 16 Fällen je 1 000 Einwohner und Jahr und damit bei knapp einem Drittel des Wertes, der in der Bundesrepublik erreicht wird. Die Siedlungsstruktur der DDR ändert sich somit nur allmählich. Die Unterschiede in der Bevölkerungsdichte haben sich kaum vergrößert; immer noch lebt in der DDR ein Viertel der Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern (Bundesrepublik: 8 vH).

Starke Unterschiede in der regionalen Produktionsstruktur

Die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird nicht zuletzt durch die regionale Anordnung der industriellen Kapazitäten beeinflusst. In der industriellen Entwicklung der DDR können aus regionaler Sicht drei Phasen unterschieden werden.

WIRTSCHAFTSRÄUME IN DER DDR



DIW 78

Zunächst galt es, die zerstörten und demontierten Produktionskapazitäten an ihren traditionellen Standorten wieder in Betrieb zu setzen. Bald darauf folgte als zweite Phase die Ergänzung des Produktionsprofils um Zweige, die auf dem Gebiet der DDR nicht vorhanden waren, namentlich die eisenschaffende Industrie und ihre unmittelbaren Folgestufen,

Kennzahlen zur Regionalstruktur der DDR-Wirtschaft 1976
in vH

	Anteil an der		Bevölkerungs- dichte ¹⁾	Stadt- anteil ²⁾	Indu- striean- teil an den Be- schäftig- ten	Gewicht der Wach- stumsin- dustrien ³⁾	Index Indu- strie- produktion je Ein- wohner	Anteil an der Indu- strie- produk- tion	Indu- strie- produktion 1976 1965=100	Index Pro- Kopf- Einkom- men ⁴⁾	Anteil an den Investi- tionen 1971-1975 ⁵⁾
	Fläche	Bevöl- kerung									
DDR	100	100	155	31,7	38,3	46,8	100	100	198	100	100
Berlin(Ost)	0,4	6,6	2 745	100	26,3	56,2	91	6,0	177	137	8
Norden	61,0	36,1	90	21,8	29,5	41,1	84	30,4	220	96	39
Nordbezirke	24,5	12,4	79	27,9	22,1	34,5	64	8,0	216	99	14
Rostock	6,5	5,2	123	46,4	23,7	41,1	65	3,4	196	106	7
Schwerin	8,0	3,5	68	18,7	22,8	33,6	74	2,6	227	93	3
Neubrandenburg	10,0	3,7	58	10,9	18,9	24,5	54	2,0	244	94	4
Mittelbezirke	36,5	23,7	98	18,6	33,8	43,4	95	22,4	222	95	25
Magdeburg	10,7	7,7	111	21,8	32,8	57,4	84	6,4	187	96	6
Potsdam	11,6	6,7	89	19,3	30,4	41,9	90	6,0	231	95	5
Frankfurt	6,6	4,1	96	10,7	28,1	43,4	107	4,4	277	90	5
Cottbus	7,6	5,2	106	19,4	41,2	29,3	107	5,6	225	101	9
Süden	38,6	57,4	230	30,1	45,0	49,0	111	63,7	195	99	53
Ballungsbezirke	24,5	42,3	267	33,1	45,1	48,9	116	48,9	188	98	39
Halle	8,1	11,1	212	28,0	44,9	55,6	134	14,9	189	93	9
Leipzig	4,6	8,6	289	43,0	39,7	52,2	97	8,3	182	103	11
Karl-Marx-Stadt	5,6	11,7	327	28,5	50,2	41,2	116	13,6	191	99	9
Dresden	6,2	10,9	271	35,3	44,0	47,0	111	12,1	187	100	10
Südwestbezirke	14,1	15,1	166	21,6	44,5	49,3	99	14,9	221	99	14
Erfurt	6,8	7,4	168	26,4	41,7	47,9	102	7,5	230	95	6
Gera	3,7	4,4	184	29,6	44,8	47,4	100	4,4	219	103	5
Suhl	3,6	3,3	142	0,0	50,2	56,3	92	3,0	204	102	3

1) Einwohner je km².-2) Anteil der Bürger von Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern an der Gesamtbevölkerung des Bezirks.-3) Produktionsanteil der Industriebereiche Chemische Industrie, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau.-4) Nettogeldeinnahmen.-5) Aufteilung aufgrund von Bezirksangaben, gerundet, teilweise geschätzt.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1977, Statistische Jahrbücher der Bezirke, Bezirkspresse der DDR, Berechnungen des DIW.

später auch die Mineralölverarbeitung. In dieser Phase wurden gänzlich neue, große Produktionsstandorte „auf der grünen Wiese“ errichtet. Riesa, Eisenhüttenstadt (früher „Stalinstadt“) und Schwedt sind die wichtigsten Beispiele.

Die gegenwärtige Entwicklung ist durch das Bemühen um Konsolidierung gekennzeichnet. „Rationalisierung und Intensivierung“ sind die Stichworte der Wirtschaftspolitik. Dabei will man die vorhandenen Produktionsstandorte stärken, die gegebenen Agglomerationsvorteile mehr als in der zweiten Aufbauphase nutzen.

Von der Industrieproduktion entfallen im regionalen Vergleich 6 vH auf Berlin (Ost), 30 vH auf die Nordbezirke und 64 vH auf die Südbezirke. Bezogen auf die Größe der Gebiete ist die Industrialisierung im Süden noch ausgeprägter: Dem Produktionsanteil von 64 vH entspricht ein Gebietsanteil von nur 39 vH. In den elf Jahren seit 1965 hat die Industrieproduktion allerdings im Norden deutlich rascher zugenommen (220 vH gegenüber 188 vH im Süden); gleichzeitig ist der Anteil der Wachstumsindustrien

(Chemiewirtschaft, Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau) gestiegen.

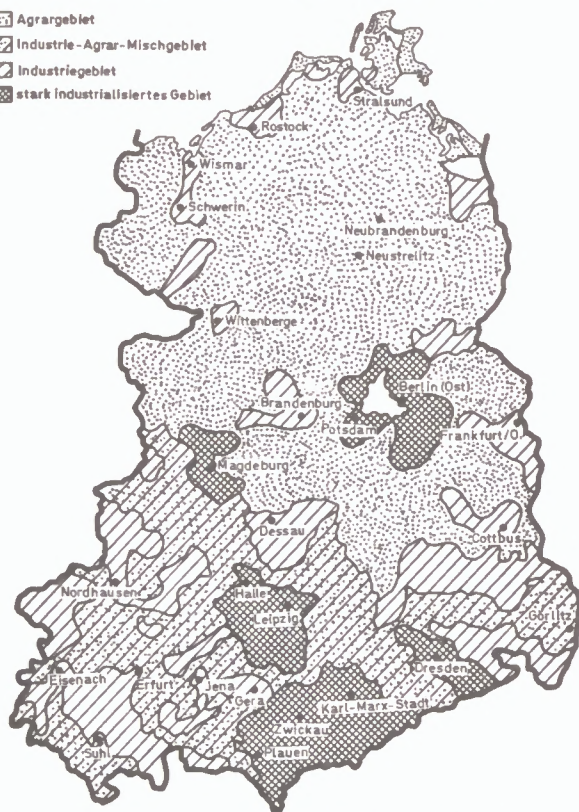
Produktivität im Norden höher

Die Arbeitsproduktivität (industrielle Bruttoproduktion je Beschäftigten) lag 1976 im Norden der DDR um 15 vH über DDR-Niveau. Noch stärker überdurchschnittlich (21 vH) ist dieser Wert für Berlin (Ost). Dagegen wird im Süden eine geringere Pro-Kopf-Leistung erzielt. Die Ballungsbezirke erreichen noch knapp den DDR-Mittelwert, und zwar vor allem dank des günstigen Abschneidens des Bezirks Halle, während in den Südbezirken Niveau und Entwicklung der Produktivität unterdurchschnittlich gewesen sind.

Der Zuwachs an Produktivität erklärt sich zum größten Teil aus der Branchenstruktur. Die Produktivität differiert in den einzelnen Industriebereichen sehr stark, und nur ausgewählte Bereiche werden neu angesiedelt. Bezirke, die „günstige“ Branchen hinzugewinnen, haben allein schon deshalb hohe Produktivitätsgewinne. Das Niveau der bezirklichen

GEBIETSSTRUKTUREN IN DER DDR

-  Agrargebiet
-  Industrie-Agrar-Mischgebiet
-  Industriegebiet
-  stark industrialisiertes Gebiet



Quelle: v. Känel, A./Scholz, D., Wirtschaftsräumliche Struktureinheiten mittlerer Ordnung in der DDR, in Petermanns Geogr. Mitteilungen, 113. Jahrgang, 1969, Heft 3.

DIW 78

Arbeitsproduktivität hängt ebenfalls weitgehend von der Branchenstruktur ab. Eine grobe Modellrechnung⁹ zeigt, daß der Norden der DDR allein strukturbedingt eine um 12 vH höhere Arbeitsproduktivität haben müßte als der DDR-Durchschnitt; tatsächlich sind es sogar 15 vH. Auch bei diesem Soll-Ist-Vergleich sind die Unterschiede von Bezirk zu Bezirk beträchtlich. So liegt Schwerin mit 131 noch deutlich über dem Ergebnis der Modellrechnung von 120 (DDR = 100), Cottbus erreicht dagegen nur 99, obwohl dank des hohen Gewichts der Energie- und Brennstoffindustrie 112 zu vermuten waren.

Gleichmäßige Verteilung des materiellen Wohlstands

Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen – gemessen an den Netto-Geldeinnahmen der Bevölkerung – zeigen, abgesehen von Berlin (Ost), nur geringe regionale Unterschiede. Setzt man den Gesamtdurchschnitt gleich 100, so hebt sich Berlin (Ost) mit einem Indexstand von 137 deutlich ab, während die Werte für die übrigen Regionen zwischen 90 (Frankfurt) und 106 (Rostock) liegen. Bei der Mehrzahl der Regionen entspricht der Wert weitgehend dem Gesamtdurchschnitt (ohne Berlin) von 97. Hier

wird vor allem die Wirkung der hohen landwirtschaftlichen Erzeugerpreise deutlich: Die Einkommensposition der Bevölkerung im wenig industrialisierten Norden ist kaum schlechter als im Süden der DDR.

Die Pro-Kopf-Relationen bei den Einzelhandelsumsätzen stimmen mit denen der Einkommen eng überein:

**Einzelhandelsumsatz je Einwohner
Relation zum DDR-Durchschnitt**

Region	1960	1970	1976
DDR	100	100	100
Berlin (Ost)	132	134	137
Norden	94	96	97
Nordbezirke	95	99	101
Mittelbezirke	93	94	96
Süden	100	99	97
Ballungsbezirke	101	99	98
Südwestbezirke	97	98	97

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR. Berechnungen des DIW.

In der Entwicklung seit 1960 zeigt sich sogar eine bemerkenswerte Umkehr der gewohnten Strukturen. Die früher unterdurchschnittlich versorgten Nordbezirke (Rostock, Schwerin, Neubrandenburg) haben gleichgezogen.

Ähnlich gleichmäßig wie die Einkommensverteilung ist auf vielen Gebieten auch die Verbrauchsstruktur. So lassen sich vor allem kaum regionale Unterschiede bei der Ausstattung mit dauerhaften Konsumgütern feststellen. Im dünn besiedelten Norden entspricht z. B. die Ausstattung der Haushalte mit PKW und Telefonen dem Durchschnitt.

Ungleich ist die regionale Verteilung bei der Ausstattung mit technischer Infrastruktur (z. B. mit öffentlichen Verkehrsmitteln) und bei der Versorgung mit Dienstleistungen. Im Bezirk Neubrandenburg ist z. B. das Angebot an Dienstleistungen und speziell an Reparaturleistungen – pro Kopf gerechnet – um ein Viertel geringer als im DDR-Durchschnitt. Gravierende Unterschiede gibt es auch bei kulturellen und sozialen Dienstleistungen, deren Bereitstellung häufig eine Mindest-Bevölkerungszahl im Einzugsgebiet erfordert. Dementsprechend schlecht schneidet der dünn besiedelte Norden ab.

⁹ In der Disaggregation nach zehn Industriebereichen. Diese relativ grobe Gliederung birgt Ungenauigkeiten, weil die Produktivität innerhalb der Bereiche noch einmal streut. Zu bedenken ist auch die unterschiedliche Vorleistungsquote bei den einzelnen Zweigen. Infolge Datenmangels ist eine genauere Berechnung gegenwärtig nicht möglich.

Kennzahlen zur Beschäftigung und Arbeitsproduktivität in den Regionen der DDR 1976

	Erwerbsbeteiligung			Erwerbsstruktur		Qualifikationsindex 4)	Produktivität ⁵⁾ in der Industrie		
	Potential ¹⁾	Potential-Auslastung		Anteil der			tatsächlich	fiktiv ⁶⁾	Differenz
		insgesamt ²⁾	Frauen ³⁾	Industrie	Landwirtschaft				
DDR	100	100	100	100	100	100	100	-	
Berlin (Ost)	101	109	106	63	11	168	121	90	+ 31
Norden	101	94	93	80	170	95	115	112	+ 3
Nordbezirke	101	93	92	62	214	99	118	119	- 1
Rostock	102	96	93	63	149	112	109	119	- 1
Schwerin	100	93	92	66	216	94	131	120	+ 11
Neubrandenburg	101	90	89	55	316	87	118	133	- 15
Mittelbezirke	101	94	94	90	149	93	114	109	+ 5
Magdeburg	100	99	97	89	141	86	98	102	- 4
Potsdam	100	91	92	83	170	97	124	109	+ 15
Frankfurt	101	85	86	75	211	98	169	119	+ 50
Cottbus	101	99	101	108	97	93	99	112	- 13
Süden	100	103	103	116	70	96	93	96	- 3
Ballungsbezirke	99	103	104	116	68	95	96	98	- 2
Halle	101	100	98	115	92	92	113	117	- 4
Leipzig	99	102	103	103	76	104	93	96	- 3
Karl-Marx-Stadt	99	105	108	128	35	84	85	85	0
Dresden	97	106	107	113	70	103	95	94	+ 1
Südwestbezirke	101	101	102	116	81	97	83	92	- 9
Erfurt	101	100	99	111	89	95	93	95	- 2
Gera	100	101	104	116	70	105	84	92	- 8
Suhl	101	106	107	127	76	90	64	84	- 20

1) Einwohner im erwerbsfähigen Alter im Verhältnis zu Einwohnern insgesamt.-2) Beschäftigte je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter.-3) Beschäftigte Frauen je 100 Frauen im erwerbsfähigen Alter.-4) Punktbewertung: Anteil der Meister = 1, Anteil der Fachschulabsolventen = 2, Anteil der Hochschulabsolventen = 3 Punkte.-5) Industrielle Bruttoproduktion je Beschäftigten.-6) Strukturbedingt, d.h. durchschnittliches Produktivitätsniveau der einzelnen Branchen übertragen auf die Branchenstruktur der jeweiligen Region.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1977; Berechnungen des DIW.

Im Gesundheits- und Bildungswesen kann trotz großer Übereinstimmung bei den Pro-Kopf-Indikatoren nicht von Ausgewogenheit gesprochen werden. Die Nutzung z. B. von Fortbildungseinrichtungen ist in dünn besiedelten Gebieten erheblich erschwert; die Wege sind weit und die Verkehrsverbindungen schlecht¹⁰. Als Nachteil des Nordens ist auch die unvollständige Palette an Arbeits- und Ausbildungsplätzen anzusehen. Ähnliche Überlegungen gelten für andere Pro-Kopf-Indikatoren.

Unklare Ziele der Regionalpolitik

Amtliche Verlautbarungen der DDR-Wirtschaftsführung zu grundsätzlichen Fragen der Regionalpolitik liegen kaum vor. In dem eingangs zitierten Abschnitt des Direktiventwurfs zum laufenden Fünfjahrplan, nach dem traditionelle Industriestandorte besonders ausgebaut werden sollen, heißt es auch: „Die industrielle Entwicklung der nördlichen Bezirke ist an den jetzigen Industriestandorten kontinuierlich fortzusetzen.“ Der regionale Aspekt klingt an,

von verstärktem regionalen Ausgleich aber ist nicht die Rede.

Auch die Meinungsbildung in der Fachwelt tendiert zur Wiederentdeckung der Agglomerationsvorteile. In der Industrie selbst hat die seit Jahrzehnten ungebrochene Konzentrationswelle zur Monopolstellung größerer Betriebe und Kombinate geführt.

Es ist weithin gängige Praxis, sich über ausdrückliche staatliche Anordnungen und Gesetze hinwegzusetzen. Die geringen Ordnungsstrafen z. B. bei „Umweltsünden“ oder bei der Nichtbeachtung des Genehmigungsverfahrens für Investitionen¹¹ ermutigen nachgerade zu Verstößen: „Es gibt jedoch auch Betriebe, die den Antrag auf Standortbestätigung (oder Standortgenehmigung) erst stellen, nachdem die Investitionsvorentcheidung (oder Grundsatzentscheidung) bereits getroffen worden ist. Damit ver-

¹⁰ Vgl. Ökonomische und soziale Probleme der weiteren Ausprägung der sozialistischen Lebensweise (Diskussionsgrundlage). In: Wirtschaftswissenschaft Nr. 6/1977, S. 826.

¹¹ 300 M, im Höchstfall 1 000 M. GBl. der DDR Teil II 1972, S. 577.

Index-Kennzahlen zur regionalen Verteilung des Wohlstandes in der DDR 1976

	Einkommen 1)	Einzel- handels- umsatz	Südfürch- te-Ver- brauch	Dienstlei- stungen und Repara- turen 2)	Spar- guthaben	Haushalts- ausstat- tung mit PKW	Wohnungs- ausstat- tung mit Telefon	Reifeprü- fungen	Ärzte	Ärzt- besuche
	je Einwohner							je Einwohner		
DDR	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Berlin (Ost)	137	137	172	107	91	95	314	114	191	113
Norden	96	97	87	83	93	101	82	100	95	100
Nordbezirke	99	101	88	79	87	91	82	105	106	104
Rostock	106	108	96	82	84	93	75	98	140	122
Schwerin	93	94	83	80	93	86	88	104	86	94
Neubrandenburg	94	96	81	74	96	94	86	115	77	88
Mittelbezirke	95	96	87	84	96	106	82	97	89	98
Magdeburg	96	97	92	83	96	86	87	103	96	101
Potsdam	95	96	79	93	95	103	82	96	90	96
Frankfurt	90	93	77	77	87	131	88	96	85	94
Cottbus	101	96	98	82	102	121	71	90	81	95
Süden	99	97	101	95	106	100	81	99	93	99
Ballungsbezirke	98	98	103	95	106	101	80	99	91	97
Halle	93	93	93	82	88	108	84	107	87	95
Leipzig	103	102	101	105	103	90	103	92	106	105
Karl-Marx-Stadt	99	97	113	99	119	98	72	98	79	92
Dresden	100	99	104	98	113	107	71	100	93	96
Südwestbezirke	99	97	94	92	105	97	85	95	100	105
Erfurt	95	95	89	93	93	96	78	100	98	100
Gera	103	100	100	96	114	110	92	93	108	111
Suhl	102	100	101	85	118	83	88	87	93	108

1) Nettogeldeinnahmen.-2) Ohne Baureparaturen.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1977; Berechnungen des DIW.

letzen sie die gesetzlichen Bestimmungen¹². Daß derartige Probleme bis heute nicht behoben sind, sondern sich eher verschlimmert haben, machte kürzlich Erich Honecker mit seiner heftigen Kritik an den zahlreichen unplanmäßigen Investitionen deutlich¹³.

Unabhängig von den Auseinandersetzungen dieser Art muß allerdings eingeräumt werden, daß der Spielraum zur Erschließung neuer Industriestandorte nicht groß ist. Zahlreiche Investitionen sind an regionale Ressourcen gebunden oder können aus bestehenden Produktionsstätten nicht ausgelagert werden. Schätzungsweise besteht nur für 15 vH der jährlichen Investitionen eine freie Standortwahl; das entspricht etwa 2 vH des industriellen Anlagevermögens in der DDR. Dies erhellt, wie schwer eine gegebene Standortverteilung zu verändern ist, selbst wenn die Zentrale den Willen und die Durchsetzungskraft dazu hätte.

Dünn besiedelte und industriell schwach entwickelte Gebiete können aus betrieblicher Sicht nur wenige natürliche Standortreize bieten, wenn nicht Sonderfaktoren (z. B. Bodenschätze, Küstennähe) im Spiel sind. Arbeitskräfte reserven stehen nur verstreut zur Verfügung und erfordern den Ausbau des

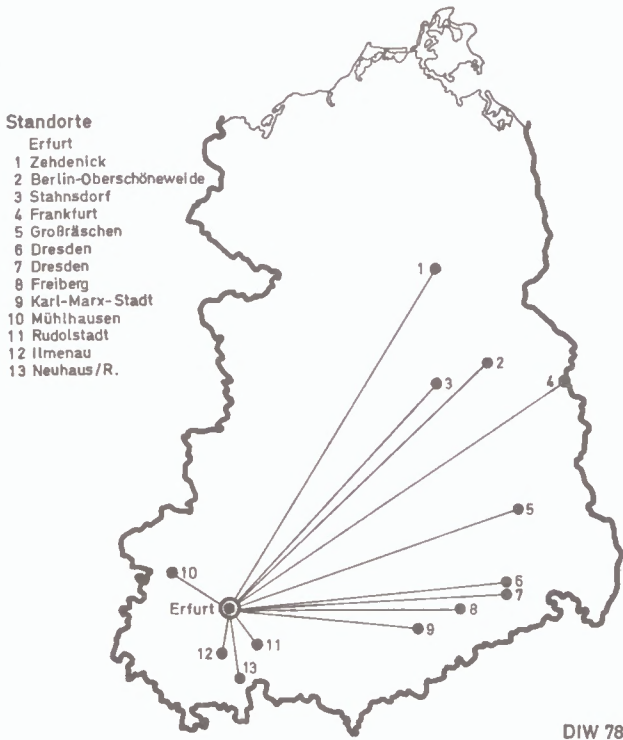
Verkehrsnetzes oder die Umsiedlung in neu zu errichtende Wohnungen. Ferner fehlt die Nähe zu Vorlieferanten, Abnehmern oder Dienstleistungsbetrieben. Alle diese Hemmnisse, die durch Schwächen im System der Planung noch vermehrt werden, dürften für die meisten Investoren schwer zu überwinden sein.

Auch für die staatlichen Planungsinstanzen sprechen gewichtige Gründe gegen eine allzu starke Förderung der Randgebiete: Vor allem die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur ist aufwendig und führt erst auf lange Sicht zu volkswirtschaftlichen Gewinnen. Hinzu kommt, daß eine große Zahl von Ökonomen, Planern und Funktionären in der DDR die strukturelle Stabilität als Basis für technologischen Wandel ansieht: Sie befürchten bei raschen Änderungen der Produktionsstruktur so viele Rei-

¹² Walter Schmidt, Gotthard Sonntag: Einige Erfahrungen aus der zweig-territorialen Koordinierung von Investitionen im Bezirk Dresden. In: Wirtschaftsrecht (Berlin-Ost), Nr. 2/1976, S. 98.

¹³ Erich Honecker: Bericht des Politbüros an die 8. Tagung des Zentralkomitees der SED. Neues Deutschland vom 25. Mai 1978. Günter Mittag erläuterte zwei Tage später, wie die Betriebe es im einzelnen machen. Vgl. Neues Deutschland vom 27./28. Mai 1978.

VEB KOMBINAT MIKROELEKTRONIK ERFURT



DIW 78

eine Konsolidierung der bestehenden Standortverteilung: Sie zielt auf bessere Kooperation der Betriebe untereinander (z. B. gemeinsame Reparatur- und Baukapazitäten) und der Betriebe mit den kommunalen Einrichtungen.

Dies alles führt – verstärkt durch die gegenwärtig angespannte wirtschaftliche Lage – zu einer bevorzugten Entwicklung der traditionellen Industriegebiete. Selbst die Chancen werden offenbar nicht wahrgenommen, die sich bieten könnten, wenn neue Produkte und Technologien eingeführt werden. Ein Beispiel ist die Bildung des Kombinats Mikroelektronik zu Beginn des Jahres 1978. Das neue Kombinat mit Sitz in Erfurt umfaßt ausnahmslos traditionelle Betriebe der Branche an den aus dem Schaubild ersichtlichen traditionellen Standorten. Neue Betriebe sind – soweit bekannt – nicht geplant. Schwerpunkte der Elektronikindustrie sind somit nach wie vor Berlin, Dresden, Erfurt und Karl-Marx-Stadt.

Theoretische Überlegungen und praktische Beispiele weisen eindeutig darauf hin, daß in der DDR eine Strukturpolitik des regionalen Ausgleichs auf mittlere Sicht keine Priorität genießt. Die gut ausgebauten Produktionsstandorte werden mit Vorrang gefördert und rationalisiert. Eine gleichmäßige Produktionsstruktur ist letztlich nicht angestrebt, weil sie so schwer zu realisieren ist.

bungsverluste, daß dann die Reaktionsfähigkeit der Wirtschaft auf wissenschaftlich-technische Neuerungen nicht ausreicht¹⁴. Auch der gegenwärtige Schwerpunkt der „Territorialplanung“ der DDR, die sogenannte territoriale Rationalisierung, richtet sich auf

¹⁴ Siehe Harry Nick: Probleme der Vervollkommnung der Gesellschaftlichen Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. In: Wirtschaftswissenschaft 4/1978, S. 396–419, bes. S. 403.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4. Seit 1976 sind erschienen:

- Heft 39 **Wettbewerbsrelationen im Außenhandel westlicher Industrieländer 1959 bis 1973.** Von K. Henkner. 199 S. 1976. DM 68,—.
- Heft 40 **Berufswunsch und Berufswahl.** Analyse einiger Determinanten und Interdependenzen. Von K.-P. Gaulke. 118 S. 1976. DM 44,60.
- Heft 41 **Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von B. Görzig und W. Kirner. 106 S. 1976. DM 36,80.
- Heft 42 **Sensitivitätsanalysen im statischen offenen Leontief-Modell.** Von J. Schintke. 180 S. 1976. DM 56,—.
- Heft 43/I **Zielsetzung, Methodik und zusammengefaßte Ergebnisse der Prognose für den Güter- und Personenverkehr bis zum Jahre 1990.** Von Günther John. 84 S. 1977. DM 36,60.
- Heft 43/II **Analyse und Prognose des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von Rainer Hopf, Günther John, Heilwig Rieke unter Mitarbeit von Joachim Niklas. 243 S. 1977. DM 118,—.
- Heft 43/III **Die Personenverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990 —** Untersuchung der regionalen Struktur des Aufkommens und der Verflechtung im Personenverkehr nach Fahrtzwecken und Verkehrsarten und ihrer Beziehung zu raumordnungspolitischen Zielsetzungen. Von Ulrich Voigt. 262 S. 1977. DM 124,—.
- Heft 43/IV **Analyse und Prognose des Güterverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von H.-J. Frank. 155 S. 1976. DM 76,—.
- Heft 43/V **Die Güterverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Von P. Lünsdorf. 281 S. 1976. DM 126,—.
- Heft 43/VI **Die Verkehrsströme in der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Kennziffern großräumiger Verkehrsströme als Entscheidungsgrundlage für eine integrierte Verkehrsweegeplanung. Von Joachim Niklas. 190 S. 1976. DM 84,—.
- Heft 44 **Bedingungen für Angebot und Nachfrage nach Kokskohle in der Welt bis 1985.** Von M. Rumberger und E. Wettig. 107 S. 1976. DM 64,—.
- Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975 —** Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells. Von R. Stäglin unter Mitarbeit von R. Pischner, B. Weiser und H. Wessels. 55 S. 1976. DM 36,60.
- Heft 46 **Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung.** Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen. Von Jochen Schmidt. 113 S. 1977. DM 46,60.
- Heft 47 **Entwicklungshilfe und internationale Arbeitsteilung —** Ableitung sektoraler Schwerpunkte mit Hilfe der linearen Programmierung am Beispiel der Republik Korea. Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Helmut Stütz. 96 S. 1977. DM 39,80.
- Heft 48 **Dienstleistungen in der Gesamtwirtschaft.** Von Charlotte Otto-Arnold unter Mitarbeit von Ulrich Burschat. 172 S. 1978. DM 82,—.
- Heft 49 **Einkommens- und Verbrauchsschichtung für die größeren Verwendungsbereiche des privaten Verbrauchs und die privaten Ersparnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1974.** Von Gerhard Göseke und Klaus-Dietrich Bedau.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11
Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter,
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Formaler Ablauf der Regionalplanung bearbeitet von Angela Scherzinger. —
Schwerpunkte der Regionalentwicklung bearbeitet von Herbert Wilkens.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.